



MASCHERODE AKTUELL

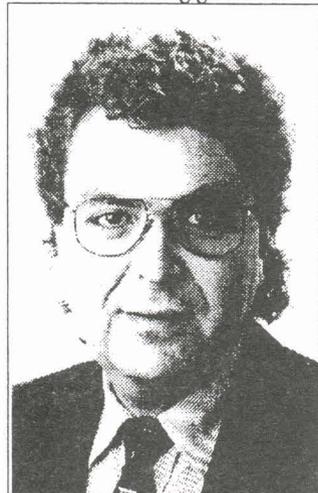
Sozialdemokratischer Bürgerbrief

2/98

Niedersachsen ist und bleibt sozial **Bürgerhaus** **Neue Heizung**

Die Bundesrepublik hat sich verändert. Vom Auf- und Ausbau des sozialen Netzes in den Zeiten der Regierung von Willy Brandt und Helmut Schmidt ist nicht mehr viel übrig geblieben.

leistungen und mehr Abschreibungsmöglichkeiten. Diese Gruppe sollte entlastet werden, um mit den freiwerdenden Geldern Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Aber Fakt ist: ein Gutteil der Milliarden wurde eingesetzt für weitere Rationalisierungen und Arbeitsplatzvernichtung. Im Super-Wahljahr 1998 bestimmen Sie die Richtung der Politik. Bei den Landtagswahlen am 1. März entscheiden Sie, ob Sozialdemokraten in Niedersachsen weiterhin eine gerechte, eine soziale Politik machen können. Und mit einem guten Ergebnis im März kann Gerhard Schröder im September Bundeskanzler werden. Dafür und damit in Niedersachsen weiter soziale Verantwortung und soziale Gerechtigkeit regiert, bitte ich um Ihre Unterstützung bei der Landtagswahl am 1. März 1998.



Klaus-Peter Bachmann, MdL und engagierter Sozialpolitiker, stand vier Jahre an der Seite der erfolgreichen Sozialminister Walter Hiller und Dr. Wolf Weber.

Deutschland ist nach wie vor eines der reichsten Länder der Welt. Die Finanzkrise der öffentlichen Hand ist von der jetzigen Regierungskoalition hausgemacht. Die Lasten für die kleinen Leute wurden ständig erhöht. Für Unternehmen und Besserverdienende schuf man dagegen Steuerent-

Wahlgang oder Wahlfahrt

Rufen Sie uns an, wenn Ihnen der Weg zum Wahllokal zu beschwerlich oder zu weit ist:

- wir verabreden eine Zeit mit Ihnen
- wir holen Sie ab und fahren Sie zum Wahllokal und
- wir bringen Sie wieder nach Hause.

Horst Schultze, ☎ 69 02 10

Dieter Pilzecker, ☎ 6 44 50

Ihr SPD-Ortsverein

Skandalös ist wohl die richtige Umschreibung für das Verhalten der CDU-Fraktion, als es in der Bezirksratssitzung am 29. Januar um die seit Jahren geforderte Erneuerung der Heizung für Bürgersaal und Bürgerstuben und den Einbau einer Lüftungsanlage ging. Nachdem es nach vielen vergeblichen Anläufen endlich gelungen war, für dieses Vorhaben einen angemessenen Betrag in den Haushalt der Stadt einzusetzen und zu beschließen, machten sich die Mitarbeiter des Hochbauamts im vergangenen Herbst sofort an die Planung. Dip.-Ing Rainer Maring, im Hochbauamt verantwortlich für Haus- und Betriebstechnik, war zur Sitzung nach Mascherode gekommen, um das Ergebnis dieser Planung vorzutragen, und man hätte damit zufrieden sein können. Nicht jedoch die CDU, deren gestörtes Verhältnis zum Bürgerhaus wieder einmal deutlich wurde.

Wohl wissend, daß in diesen Zeiten knapper Kassen nicht alles auf einmal zu bekommen ist, warf sie der Verwaltung Planungsunfähigkeit vor. Sie wollte dem Antrag des Hochbauamtes nur dann zustimmen, wenn gleichzeitig eine Erneuerung der undichten, einfachen Fenster sowie eine Wärmedämmung des Daches im Antrag enthalten wäre. Das war jedoch nicht der Fall und hätte schon aus formalen Gründen nicht mehr ergänzt werden können. **Horst Schultze**, Sprecher der SPD-Fraktion, verstand die Welt nicht mehr: "Seit

weiter Seite 2

... Heizung

„Seit mehr als fünf Jahren fordert der Bezirksrat einhellig diese notwendige Teilsanierung des Bürgerhauses, und nun, wo das Ziel fast erreicht ist, spricht sich die CDU dagegen aus!“ Daß der Bauausschuß diesem Antrag schon zugestimmt hatte, half ebenso wenig wie der Appell des CDU-Ratsherren Dirk Rühmann, dem Antrag auf jeden Fall zuzustimmen - mit zwei Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen stimmte die CDU-Fraktion gegen die Interessen der Mascheroder Bürger. Mit den drei Stimmen der SPD-Fraktion wurde der Antrag dennoch angenommen.



Verwaltungsstelle Stöckheim Öffnungszeiten

Seitdem Ende 1996 die örtliche Verwaltungsstelle an der Salzdahlumer Straße in Mascherode geschlossen wurde, führt unser nächster Weg zur städtischen Verwaltung nach Stöckheim in den Rüniger Weg 11. Diese Verwaltungsstelle hat sich den Bedürfnissen der Bürger angepaßt und öffnet jetzt auch an

**jedem 1. Sonnabend im Monat
in der Zeit von 9 bis 12 Uhr.**

Die sonstigen Sprechzeiten:

Mo, Mi, Fr ... 09 - 12 Uhr

Di 15 - 18 Uhr

Do 14 - 17 Uhr

Tele-Verbindungen:

Tel.: 0531-2 61 15 00

Fax: 0531-2 61 15 02

Kalksteinbruch

Zum Thema "Kalksteinbruch" erreichte uns folgende Feststellung aus dem Rathaus:

Es ist richtig, daß der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 11.11.[1997] die Unterschutzstellung des Kalksteinbruches Mascherode beschlossen hat. Nicht korrekt ist jedoch die Aussage, dieser Beschluß besäße noch keine Rechtskraft, da für die endgültige Festlegung des Beschlusses das Land Niedersachsen zuständig sei.

Gemäß § 28 Abs. 2 Nieders. Naturschutzgesetz (NNatG) ist die Stadt Braunschweig für den Erlass der Verordnung zum Schutz des Kalksteinbruches Mascherode als "Geschützter Landschaftsbestandteil" zuständig. Einer Bestätigung durch das Land Niedersachsen bedarf es nicht.

Der Beschluß ist somit wirksam. Die Verordnung tritt in Kraft, sobald sie im Amtsblatt für die Stadt Braunschweig veröffentlicht wird. Auch vorher schon ist der Kalksteinbruch Mascherode geschützt, da für das Grundstück die einstweilige Sicherstellung nach § 32 NNatG ausgesprochen wurde.

gez. *beglaubigt*
Dr. Zirbeck *Heiß*

Wie wir inzwischen erfahren haben, ist der Zugang zum unter Schutz gestellten hinteren (südlichen) Teil des Kalkbruchs für Mitarbeiter der Stadt bzw. deren Beauftragte rechtlich gesichert, so daß notwendige Erhaltungsmaßnahmen jederzeit vorgenommen werden können.

Sie haben 2 Stimmen

- Die Erst- oder Direkt-Stimme für **Klaus-Peter Bachmann**: das stärkt seine Position in Hannover;
- die Zweit-Stimme für die SPD, damit in Hannover erfolgreiche sozialdemokratische Politik gemacht werden kann.

Friedhof

Die seit Jahren geforderte Erweiterung des Mascheroder Friedhofs könnte noch in diesem Jahr Realität werden.

Eine positive Nachricht überbrachte Frau Claudia Leopold vom Grünflächenamt zur Bezirksratssitzung am 29. Januar: Der Mascheroder Friedhof soll nach Norden, d.h. parallel zu der Kleingartenanlage verlängert werden. Zwar haben neue Untersuchungen ergeben, daß auch dort der Boden nicht sonderlich gut geeignet ist, die Stadt will dennoch die benötigte Fläche erwerben und soweit vorbereiten, daß der Stadtkirchenverband in Absprache mit der evangelischen Kirchengemeinde die endgültige Gestaltung vornehmen kann. Frau Leopold betonte, daß die Stadt die Erweiterungsfläche noch in diesem Jahr übergeben möchte. Damit wäre ein rund fünfzehn Jahre währendes Ringen um die Erweiterung unseres Friedhofs endlich von Erfolg gekrönt.

Leserbrief

Zum Artikel "Schmiedeweg - wann?"

Ich frage die Verwaltung, ob in ihrem Planungsamt noch ein Schlafplätzchen frei für mich ist.

Es zeugt von einem enormen Arbeitstempo, wenn man heute plötzlich feststellt, daß erst seit einem halben Jahrhundert eine Wasserleitung durch das Plaungsgebiet führt und daß die angrenzende ehemalige Kalkgrube erst seit 40 Jahren durch ihre 6 Meter tiefen Steilwände die Landschaft belebt und gliedert. Auf meinen alten Stadtplänen sind beide "Planungshindernisse" eingezeichnet.

Klaus Mutke, Dresdenstraße

Klaus-Peter Bachmann für unseren Wahlkreis nach Hannover

"Wir hatten bestimmt einen der fleißigsten Abgeordneten" urteilen Freunde und werben so für Klaus-Peter Bachmann. Ein Porträt von Detlef Kühn

Politikern wird oft vorgeworfen, daß sie nach für sie erfolgreichen Wahlen auf Tauchstation gehen und erst wieder kurz vor den nächsten Wahlen aufwachen. Auf Klaus-Peter Bachmann trifft das nicht zu. In weit über 100 Veranstaltungen hat er mit den Bürgerinnen und Bürgern seines Wahlkreises und der gesamten Stadt Braunschweig ständig im Dialog gestanden. Er und von ihm eingeladene Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung informierten immer wieder über die politische Arbeit in Hannover. In die angekündigten Sprechstunden kamen viele Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen und Nöten. Regelmäßige Kontakte mit Vereinen, Verbänden, Behörden und der Parteibasis waren selbstverständlich.

Klaus-Peter Bachmann (Jahrgang 1951) ist gelernter Speditionskaufmann und war viele Jahre als Dozent in der Erwachsenenfortbildung bei Arbeit und Leben tätig. In Wolfenbüttel war er bereits mit 21 Jahren stellvertretender Vorsitzender der Ratsfraktion. 1980 war er Bürgermeisterkandidat und seitdem Fraktionsvorsitzender. Ab 1989 konzentrierte er sich auf die Tätigkeit als Bezirksgeschäftsführer bei der Arbeiterwohlfahrt (Awo) und beendete die Tätigkeit in der Kommunalpolitik.

Die Wirklichkeit der Sozialpolitik ist Bachmanns tägliches Brot. Als Bezirksgeschäftsführer der Awo ist er zuständig für Altenpflegeeinrichtungen, Seniorenbegegnungsstätten, Kinder- und Jugendheime, Schulen für Benachteiligte, Kindertagesstätten und soziale Beratungsdienste. Die Existenz des Braunschweiger Arbeitslosenzentrums ist sein Verdienst.

Klaus-Peter Bachmann ist ein Abgeordneter und Kandidat, der die Menschen und ihre Nöte kennt und sie zum Mittelpunkt seines Handelns macht. Im Landtag sind die Schwerpunkte Sozialpolitik, der Landtagsausschuß für Dienstrechtsfragen und der Arbeitskreis Innenpolitik der SPD-Landtagsfraktion.

Hier verknüpfen sich in geradezu idealer Weise berufliche Erfahrung und private Interessen. Denn neben dem Beruf bei der Awo und dem Landtagsmandat gehören zwei Hobbies untrennbar zur privaten Seite Klaus-Peter Bachmanns. Seine Liebe für alles, was mit Feuerwehr zu tun hat, wird er wohl nie ablegen. Schließlich war er 20 Jahre

aktiv in der Freiwilligen Feuerwehr Wolfenbüttel. Außerdem beschäftigt er sich mit seiner Modelleisenbahn. Bachmann dazu: Manchmal hängt einem ja wirklich alles zum Halse raus. Nach ein bis zwei Stunden im Keller bin ich gereinigt und fange mit neuem Elan an."



Klaus-Peter Bachmann holte fast alle Mitglieder der Niedersächsischen Landesregierung in den Wahlkreis nach Braunschweig. Hier ist Bachmann im Gespräch mit Ministerpräsident Gerhard Schröder, der mehrfach mit Mitgliedern der IHK Braunschweig Gespräche führte.



In der wenigen Freizeit stehen für Klaus-Peter Bachmann seine Frau Susanne und die 2 1/2-jährige Tochter Sahrah im Mittelpunkt. Als "junger" Familienvater kennt Klaus-Peter Bachmann die Sorgen und Nöte junger Familien. Er wird auch hier sehr gut in der Lage sein, die richtigen Entscheidungen zu treffen und im Landtag zu vertreten.

Braunschweig in guten Händen

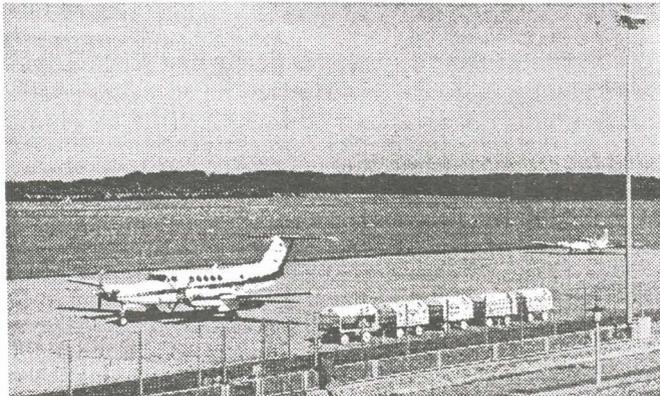
Das Land Niedersachsen hat kräftig in die Zukunft Braunschweigs investiert. Die SPD sorgt dafür, daß Braunschweig auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielt

Von Ratsfrau Astrid Henkel

■ In vielen Bereichen hat die Landesregierung die Weichen gestellt für eine erfolgreiche Zukunft. Und Braunschweig hat dabei in den letzten Jahren gut abgeschnitten. Viel Geld wurde in den Bereichen Arbeit, Bildung, Kultur und Umwelt eingesetzt, damit das Leben in Braunschweig attraktiv und lebenswert bleibt. Viele Beispiele zeigen – die starke Braunschweiger SPD im Landtag hat sich erfolgreich für Braunschweiger Interessen eingesetzt.

● **Arbeitssicherung bei Volkswagen**
1994 standen bei Volkswagen in der Region 30.000 Arbeitsplätze auf der Kippe. Das Land Niedersachsen hat die Gewerkschaft IG-Metall in dem Bemühen unterstützt die Arbeitsplätze in der Region zu sichern. Die Lebensgrundlage für Zehntausende wurde bewahrt durch den mutigen Schritt zur 28,8 Stunden Woche in allen VW-Werken. Das VW-Werk in Braunschweig ist mit über 8.000 Arbeitsplätzen weiter der größte Arbeitgeber in Braunschweig.

● **Fördermittel für Rolle**
Doch auch mittelständische Firmen wurden vom Land unterstützt. Die Rollewerke an der Salzdahlumer Straße erhielten seit 1996 über 6 Millionen



Das Land mischt mit:
Zum Beispiel am Forschungsflughafen Braunschweig mit 15 Millionen Mark

Fördermittel des Landes. So wird gewährleistet, daß auch in Zukunft innovative Fototechnik in Braunschweig entwickelt wird.

● **Neubauten an der Universität**
Seit 1994 sind für Baumaßnahmen an den Universitäten in Braunschweig über 102 Millionen Mark vom Land Niedersachsen ausgegeben worden. So sorgt das Land dafür, daß die TU weiter gut ausgebildet werden kann und in der Wirtschaft hoch angesehen ist. Die Gelder flossen in das Biologische Zentrum und den Botanische Garten. Finanziert wurden

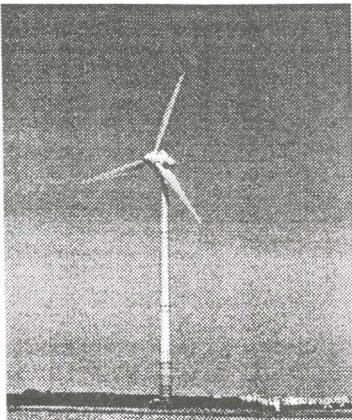
unter anderem der Neubau der Bibliothek (31,6 Millionen DM) und der Mensa (28 Millionen DM). Für das Institut für Mikroelektronik wurden 12 Millionen DM ausgegeben. Bis zum Jahr 2000 sind für

die Universität weitere 88 Millionen DM eingeplant. Davon sollen für das Informatikzentrum 38 Millionen eingesetzt werden.

● **Kulturstadt Braunschweig**
Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Kunst und Kultur bieten in Braunschweig viele Möglichkeiten für ein breites Publikum. Und das Land unterstützte Braunschweig dabei – mit 38,5 Millionen DM in 1997. Die Fördermittel wurden eingesetzt für das Staatstheater, Museen, das Figurentheater Fadenschein, die Brunsviga Das Filmfest wurde mit 170.000 DM unterstützt.

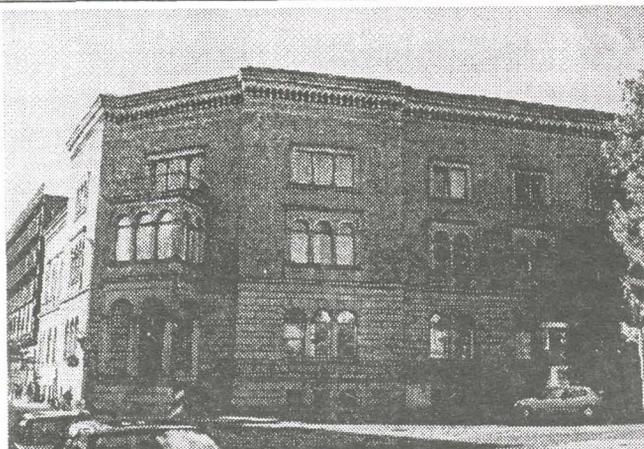
Das Windrad
in BS-Broitzem

Bis Ende 1997 wurden in Niedersachsen über 1250 Windräder errichtet mit mehr als 400 Megawatt Leistung. Die SPD will bis zum Jahr 2005 die Windkraftleistung auf 1.300 Megawatt ausbauen.



Eine starke SPD ist die beste Garantie für eine gute Zukunft in Braunschweig“, meint Astrid Henkel. Darum

wähle ich Klaus-Peter Bachmann und die SPD.“



Das Oberlandesgericht am Bankplatz: Hier entstehen durch eine Umverlagerung 22 neue Arbeitsplätze. Acht neue Richter kommen ans OLG nach Braunschweig. Wir werden uns noch mehr spezialisieren können“, äußerte sich OLG-Präsident Manfred Flotho in der Braunschweiger Zeitung. Zu den Rechtsgebieten Arzthaftung, Privatversicherung, Patent-, Wirtschafts- und Familienrecht, in denen man sich besonders kenntnisreich zeigt, kommen nun noch Baurecht und Leasingverträge hinzu. Flotho bewertet die Umstrukturierung als Jahrhundertereignis: Jetzt kann das OLG Braunschweig überleben.“

Kommentar

Zum Wachwechsel zu schwach

Von **Arnold Rabbow**

Ein Bild des Jammers bietet die CDU-Fraktion im Landtag. Während SPD und Grüne sich zur Reform der Oberlandesgerichtsbezirke in Südostniedersachsen bekennen, winden sich die Unions-Parlamentarier in Krämpfen, wollen, wengleich mit Bauchschmerzen, gegen die Stärkung des OLG Braunschweig und damit für die schleichende Auszehrung dieser unterprivilegierten Region stimmen. Die CDU-Fraktion ist nicht nur gespalten, sondern im Grunde handlungsunfähig. Das stellt ihr kein Tauglichkeitszeugnis für eine Regierungübernahme im nächsten Jahr aus. Denn gesiegt hat der lange Arm der Celler Interessen nicht etwa über Braunschweiger Interessen, sondern über die objektiv bessere, weil kostengünstigere und bürgerfreundlichere Lösung. Daß der braunschwei-

sche CDU-Landesverband mit seinem Führungspersonal in der Landes-CDU und in der Landespolitik das Gewicht null hat, ist schon länger bekannt. Daß aber auch der Oppositionsführer Wulff, ein netter junger Mann mit guten Manieren, nicht im Ernst das Führungsformat besitzt, gegen Schröder, der sich als Macher gibt, oder später gegen Glogowski, der einer ist, zu siegen, zeigt sich daran, daß er, obwohl guten Willens, sich nicht einmal in der eigenen Fraktion durchsetzen kann. Aber anstatt dann die Abstimmung freizugeben, damit die braunschweigischen Abgeordneten sich nicht zur Unkenntlichkeit verbiegen müssen, soll die Fraktionsdisziplin wenigstens die gemeinsame Schwäche bekräftigen. Bei ihrer Taktikerei hat die CDU eines übersehen: Niedersachsen-Wahlen werden meist im Bezirk Braunschweig entschieden. Damit hat sie die Landtagswahl 1998 schon 1997 verloren.

Hintergrund

Das Oberlandesgericht

■ **Braunschweig, 26. Februar 1998.** Der Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig, Manfred Flotho, hat in den Rittersaal der Burg Dankwarderode eingeladen. Man feiert die Erweiterung des Gerichts um den Landgerichtsbezirk Göttingen. Hätte in Hannover die CDU das Sagen, gäbe es in Braunschweig nichts zu feiern. In Niedersachsen gibt es drei Oberlandesgerichte. Aufgrund historisch gewachsener Einzugsbereiche war das OLG Celle für 4,5 Millionen Einwohner zuständig, Oldenburg für 2,3 Millionen und Braunschweig nur für 950 000. Entsprechend verfügte das OLG Braunschweig nur über 20 Richter – auf Dauer zu wenig, um der wachsenden Spezialisierung Herr zu werden. Auflösen oder Erweitern waren langfristig die einzigen Alternativen für das OLG Braunschweig. Mit den Stimmen von SPD und Grünen beschloß daher der Niedersächsische Landtag am 18. Juni 1997, den Bereich des Landgerichts Göttingen dem OLG Braunschweig zuzuordnen. Die CDU-Fraktion im Landtag stimmte gegen die Aufwertung Braunschweigs – auch mit den Stimmen der Braunschweiger CDU-Landtagsabgeordneten Sehr und Mundlos, die ihre Entscheidung mit Fraktionsdisziplin begründeten. Seit dem 1. Januar ist für Göttingen nicht mehr das ohnehin überlastete Celle zuständig, sondern das näher gelegene Braunschweig. Dadurch hat sich die Zahl der Einwohner im Braunschweiger OLG-Bereich fast verdoppelt, die Zahl der Richter steigt von 20 auf 28. Der Bestand des OLG Braunschweig ist langfristig gesichert.

ff

Dr. Arnold Rabbow war bis 1997 Chefredakteur der Braunschweiger Zeitung. Der Kommentar erschien in der Braunschweiger Zeitung vom 18. Juni 1997. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verfassers.

Niedersachsen ist und bleibt sozial

Vom Auf- und Ausbau des sozialen Netzes der Bundesrepublik aus den Zeiten der Regierung von Willy Brandt und Helmut Schmidt ist nicht mehr viel übrig geblieben. Niedersachsen hat so gut wie möglich gegengesteuert. Eine Bilanz

Von Klaus-Peter Bachmann, MdL

Seit 15 Jahren betreibt die Regierung Kohl eine Politik zu Lasten der kleinen Leute. Der Abbau von Sozialleistungen wurde nötig, so sagte man, weil zuviel Mißbrauch betrieben würde. Es mag Einzelfälle von Sozialmißbrauch in dieser Gesellschaft geben. Doch wenn sie bekannt werden, werden sie verfolgt und abgestellt. Es zeugt von menschenverachtender Politik, wenn ganze Bevölkerungsgruppen wie Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger verunglimpft und ihnen die Bezüge gekürzt werden, nur weil einige wenige die Hilfe des Staates zu Unrecht in Anspruch nehmen.

Viell sinnvoller wäre es, den Mißbrauch durch Steuerhinterziehung, die wirksame Bekämpfung von Schwarzarbeit und ein Verbot sozialversicherungsfreier Beschäftigungsverhältnisse anzugehen. Das ist durchaus eine Möglichkeit, die Kassen für eine gerechte Sozialpolitik wieder aufzufüllen.

Ein Land wie Niedersachsen kann nicht alles über seine Stimmen im Bundesrat verhindern. Dazu ist die Verfassungslage zu kompliziert. Der Bundesrat kann nichts gestalten, er kann nur Vorhaben der Bundesregierung oder Mehrheitsbeschlüsse des Deutschen Bundestages ablehnen und Vermittlungsverfahren versuchen.

Die niedersächsische Einflußnahme im Bundesrat ist der notwendige Versuch, Politik sozial und gerecht zu gestalten. Dies kann nicht als Verweigerungshaltung verunglimpft werden.

● Arbeitsmarktprogramm

Im Rahmen seiner Möglichkeiten hat das Land Niedersachsen mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit im Haushaltsjahr 1997/98 das größte landesfinanzierte Arbeitsmarktprogramm aufgelegt, das je eine niedersächsische

Landesregierung verwirklicht hat. Der besondere Einsatz unseres Ministerpräsidenten und jedes einzelnen SPD-Abgeordneten führte dazu, daß alle Ausbildungsplatzsuchenden in diesem Ausbildungsjahr eine Chance bekamen.

● Altenpflege weiterentwickelt

Im Bereich der Altenpflege wurden Sozialleistungen des Landes nicht gekürzt, sie wurden weiterentwickelt. Als eines der ersten Bundesländer hat Niedersachsen mit einem Altenpflegeberufgesetz die Ausbildung für den schwierigen Beruf der Altenpflege gesetzlich geregelt. Früher mußten die Auszubildenden Schulgeld bezahlen – heute bekommen sie Ausbildungsvergütung. Für dieses Gesetz war ich federführender Berichterstatter. Mit unserem Landespflegegesetz verbessern wir die Kompromißleistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung. Das bedeutet: Niedersachsen kommt in vollem Umfang für die Neubau- und Sanierungskosten von Altenpflegeeinrichtungen auf und zahlt Pflegebedürftigen ein Pflegegeld für die nach Pflegeversicherungsgesetz auf sie zukommenden Hotelkosten“, während der Bund nur mit Leistungsabbau und Zuzahlungen operiert.

● Schwerbehindertenabgabe im Bundestag gescheitert

Dreimal haben wir im Niedersächsischen Landtag in dieser Wahlperiode eine Entschliebung zur Erhöhung der Schwerbehindertenabgabe für Betriebe gefaßt, dreimal stießen wir beim Bundestag auf taube Ohren. Betriebe können sich immer noch mit einer geringen Abgabe freikaufen, also wird es keine nachhaltige Mehrbeschäftigung von Behinderten geben.

● Krankenhausnotopfer – ein besonderes Kuriosum

Das Land Niedersachsen kommt seinen Investitionsverpflichtungen gemäß dem

Krankenhausfinanzierungsgesetz mit hunderten von Millionen DM nach. Allein für das Städtische Klinikum und die Krankenhäuser in freier Trägerschaft in Braunschweig wurden in den letzten vier Jahren 60 Millionen DM Landesmittel eingesetzt. Wozu also noch ein Notopfer“ fordern?

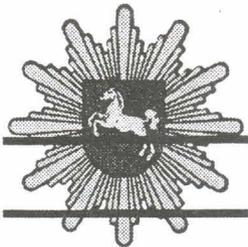
● Integrationsmittel für Zuwanderer

Der Bund hat die Integrationsmittel für Zuwanderer, wie Deutschstämmige aus den früheren Staaten des Warschauer Paktes, ständig gekürzt. Vergessen sind die zuckersüßen Worte, die bei der Begrüßung den Zuwanderern Hoffnung machten. Das Land Niedersachsen hat seine Finanzmittel für Migrationsberatung nicht gekürzt, sondern u.a. ein flächendeckendes Netz von Flüchtlingsberatungsstellen geschaffen, die der sozialen Integration und damit auch einem besseren Miteinander von Einheimischen und Zuwanderern dienen soll. Als engagierter Sozialpolitiker meiner Fraktion stand ich vier Jahre an der Seite der erfolgreichen Sozialminister Walter Hiller und Dr. Wolf Weber. Damit auch in Zukunft Niedersachsen ein Land in sozialer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit bleibt, bitte ich um Ihre Unterstützung bei der Landtagswahl am 1. März 1998.

Entwicklung der Beschäftigung in den westlichen Bundesländern (April 1990 – April 1997) *

Niedersachsen	+ 60.626
West-Berlin	+ 35.620
Schleswig-Holstein	+ 26.035
Bayern	+ 21.537
Saarland	- 9.939
Rheinland-Pfalz	- 11.326
Hamburg	- 16.362
Bremen	- 20.520
Hessen	- 36.252
Baden-Württemberg	- 122.651
Nordrhein-Westfalen	- 136.014

* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Innere Sicherheit

Gegen steigende Kriminalität hilft nur Besonnenheit – keine Panikmache. Innere Sicherheit braucht vor allen Dingen sozialen Frieden und gesellschaftliche Solidarität – nicht Ausgrenzung. Gegen Kälte hilft kein Polizeiaufgebot

Von Marion Wittig und
Klaus-Dieter Kusatz

Die innere Sicherheit ist kein politisches Stiefkind. Die niedersächsische Landesregierung redet nicht nur von innerer Sicherheit, sondern hat auch aktiv gehandelt. Vor allem Innenminister Gerhard Glogowski hat dies in den zurückliegenden Jahren wirkungsvoll unter Beweis gestellt.

Durch eine nicht nur nach außen, sondern insbesondere auch nach innen wirkende umfassende Reform konnte die Polizei in ihrer Organisation gestrafft werden. So wurde mehr Bürgernähe erreicht. Die Zahl der Polizeibeamten im Außendienst ist erheblich angestiegen.

Hauptanliegen der Polizeireform, die noch nicht in allen Bereichen umgesetzt ist, sind unter anderem Themen wie:

- bürgerfreundliche Organisation,
- Abschaffung unnötiger Führungsebenen,
- Verdichtung des Personals in den Basisdienststellen,
- höhere Qualifizierung der Polizeibeamtinnen und -beamten,
- mehr Kriminalitätsvorbeugung durch Gründung lokaler Präventionsräte

Nicht ohne Grund appelliert Innenminister Gerhard Glogowski an die Verantwortlichen aus Polizei und Politik sowie die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes als Konsumenten“ der Dienstleistung Sicherheit, den Reformprozeß auch künftig kritisch zu begleiten.

Die Polizeireform ist zwar ein Schwerpunkt – die Bilanz ist aber wesentlich umfangreicher. In nüchternen Zahlen ausgedrückt, läßt sicheine erfolgreiche Leistungsbilanz ziehen.

- Der Polizeihauhalt wurde von 1990 bis 1997 um 500 Millionen DM auf 1,7 Milliarden DM (Steigerung nahezu 42%) aufgestockt.

- Im gleichen Zeitraum wurden 1131 neue Stellen bei der Polizei eingerichtet und besetzt.

Bei den finanziellen Aufwendungen sind hervorzuheben:

- 7 Millionen DM für die Schutzausstattung der im täglichen Dienst ein gesetzten Beamtinnen und Beamten,

- 10,4 Millionen DM für Informations- und Kommunikationstechnik,

- 5,2 Millionen DM für die Modernisierung und Erweiterung der polizeilichen Datenverarbeitungstechnik. Damit wird deutlich, sozialdemokratische Politik in Niedersachsen trägt den Erfordernissen zeitgemäßer Verbrechensbekämpfung Rechnung – in Mark und Pfennig. Niedersachsen setzt mehr ein als vergleichbare Bundesländer, insbesondere mehr als das immer wieder bemühte und bei diesem Thema ganz zu Unrecht zitierte Bundesland Bayern!

Diese Bilanz fällt positiv aus – weiter steigende Arbeitslosenzahlen und noch mehr Kahlschlag im Sozialbereich werden diese Anstrengungen zunichte machen. Denn sozialer Frieden und innere Sicherheit hängen untrennbar zusammen – in doppeltem Sinne.

Nicht nur nach dieser Erkenntnis sind die Sozial- und Innenpolitik tragende Säulen sozialdemokratischer Regie

rungsarbeit in Niedersachsen – in Vergangenheit und Zukunft!

Ehrlich gesagt

■ Sicherheit ist ein Bürgerrecht. Dafür sind eine effektive Polizei und Justiz erforderlich – allerdings: Das allein ist nicht genug. Die Statistik belegt zwar eine hohe Kriminalitätsbelastung, sie gibt aber auch einen Hinweis auf deren Wurzeln: Armut und soziale Desintegration.

Die Bonner Politik der gesellschaftlichen Entsolidarisierung ist dafür mitverantwortlich. Die effektivste Kriminalitätsprävention ist eine Politik, die der Ausgrenzung von Arbeitslosen, Jugendlichen, Ausländern und Armen entgegentritt.



Klaus-Dieter Kusatz,
Ratsherr und
Kriminalbeamter

Nachtragshaushalt stellt Weichen

„Nur die SPD-Fraktion stellt neue Lehrerstellen, Übernahme von Preussag Stahl und Ems-Sperrwerk sicher.“ Ein Kommentar von Heinrich Aller zum Nachtragshaushalt '98



Heinrich Aller, MdL, ist Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag

■ *Mittwoch, 21. Januar 1998, abends. Der Landtag berät gerade den Nachtragshaushalt. Es geht um wirklich bedeutende Themen der Landespolitik. Mit dem Nachtragshaushalt werden wichtige Weichen gestellt: Abgesichert werden sollen unter anderem die Wiederbesetzung der 1998 freiwerdenden 710 Lehrstellen – auf denen 1000 neue Lehrer und Lehrerinnen im Teilzeithverhältnis beschäftigt werden – und die Übernahme der Mehrheit an Preussag Stahl durch das Land und die NORD-LB. Alle Abgeordneten wissen: Nur durch die Übernahme von Preussag Stahl lassen sich die Stahlstandorte Peine und Salzgitter, lassen sich mehr als 12.000 Arbeitsplätze und damit die Existenz der Beschäftigten und ihrer Familien sichern. Die Abstimmung scheint nur eine Routinesache. Wer könnte schon gegen neue Lehrer, gegen besseren Hochwasserschutz oder gegen 12.000 sichere Stahl-Arbeitsplätze sein? Doch dann die Überraschung: Die CDU-Opposition geht im eigenen Abstimmungschaos unter. Die ganz große Mehrheit der CDU-Fraktion hat gegen die neuen Lehrer und Lehrerinnen, gegen das Emsperrwerk (das die CDU-Bundesregierung zur Hälfte mitfinanziert) und gegen die Absicherung der Arbeitsplätze bei Preussag Stahl gestimmt. Die Abstimmung über den Nach-*

tragshaushalt war eine Nagelprobe. Herr Wulff und seine CDU haben sie nicht bestanden. Durchgefallen, sang- und klanglos. Statt Verantwortung zu übernehmen, haben sich

Herr Wulff und seine CDU bei ganz wichtigen Entscheidungen für das Land und die Menschen in Niedersachsen schlicht verweigert.

Abstimmung über Nachtrag:	1000 neue Lehrerstellen	Übernahme Preussag-Stahl	Finanzierung Ems-Sperrwerk	Gesamt-Nachtrag
SPD	Ja	Ja	Ja	Ja
CDU	Nein	Nein	Nein	Nein
Grüne	Ja	Ja	Nein	Nein

Die Abstimmung über den Nachtragshaushalt konnte eindeutiger nicht sein: Nur die SPD hat für die Sicherheit der 12.000 Stahlarbeitsplätze in Peine und Salzgitter und für besseren Hochwasserschutz durch Bau des Emsperrwerkes und für die Wiederbesetzung aller freiwerdenden Lehrstellen gestimmt.

Grün wählen ? Dann aber richtig !

Grüne Erststimmen nutzen allein der CDU. Und das kann ja wohl kein Grünen-Wähler wirklich wollen

Von Michel Winckler

Grüne Wähler können nicht dümmer sein als FDP-Wähler. Das will ich nicht glauben. Die Wähler der Partei der Besserverdienenden sind bei allen vergangenen Wahlen clever gewesen – sie haben mit ihrer Zweitstimme ihre Partei und mit der Erststimme die CDU gewählt. Damit hat sich ihr Wahlgang doppelt gelohnt. Sie haben mit der Zweitstimme die Fraktion der FDP im Parlament gestärkt und mit der Erststimme den Kandidaten der CDU über das Direktmandat ins Parlament geschickt. Wenn es ganz toll klappte, ergaben sich dadurch sogar Überhangmandate! Ist diese tolle Taktik den Wählern der Grünen nicht bekannt? Wer wirklich verhindern will, daß CDU und FDP

in Niedersachsen eine Mehrheit bekommen könnten, muß als GRÜN-Wähler am 1. März mit der Erststimme die lokalen SPD-Kandidaten unterstützen und erst mit der Zweitstimme die Partei des Herzens wählen.

Alles klar ?



Michel Winckler, Vorsitzender der Jusos in Braunschweig

Bildungspolitik in Niedersachsen

Die Schülerzahlen werden nach dem Jahre 2003 stark abfallen. Die Einstellungspolitik muß dies berücksichtigen, damit zukünftig Personalkosten das Land nicht zu stark belasten

Von Ratsfrau Gabriele Hübner

Die Zukunft unserer Kinder ist uns wichtig. Bildung und Wissen sind die Grundlagen für die Zukunft unserer Kinder. Die Landesregierung hat die Weichen dafür gestellt, daß die hohe Qualität, mit der Schulunterricht erteilt wird, erhalten bleibt – Niedersachsen behält bundesweit die kleinsten Klassen.

Nun leidet zwar auch Niedersachsen unter der Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung. Doch hat das Land eine wegweisende Lösung entwickelt, um die soziale Bildungspolitik weiterführen zu können. Wir garantieren, bis zum Jahr 2003 mindestens 15.000 junge Lehrerinnen und Lehrer einzustellen“, erklärt Kultusminister Rolf Wernstedt. Das können wir nur schaffen, weil wir die neuen Lehrkräfte im Teilzeitverhältnis be-

schäftigen. Gleichzeitig wird für Lehrerinnen und Lehrer bis zum 50. Lebensjahr ein Lebensarbeitskonto“ einrichten. Diese unterrichten 2 Stunden zusätzlich pro Woche. So wird ausreichender Unterricht an den Schulen gesichert. In späteren Jahren können die einem Konto gutgeschriebenen Stunden abgegolten werden.

Dies ist möglich, da in den Jahren von 2003 bis 2013 die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 160.000 abnehmen wird. Wer glaubt, nur mit Neueinstellungen von Lehrkräften sei dem Schülerberg beizukommen, nimmt die Realität nicht zur Kenntnis. Denn: Wen sollen diese Lehrer nach 2013 unterrichten? Es wäre unverantwortlich, sich vor diesem Hintergrund zusätzliche Personalkosten und gewaltige Pensions- und Versorgungsansprüche aufzulasten. Darum sind Teilzeitstellen und Lebensarbeitszeitkonten die optimale Lösung.“

Ehrlich gesagt

Die Situation im Bildungsbereich ist durch den dramatischen Anstieg der Schülerzahlen angespannt. Die Steigerungsquote der Jahre 1990 bis 1994 konnte bei den Einstellungen so nicht gehalten werden.

Aber: 1997 wurden trotz Einstellungsstopp 1.000 Lehrerinnen und Lehrer in allen Schularten auf Teilzeitbasis eingestellt.

Und: ab 1998 ist eine Wiederbesetzung aller freierwerdenden Stellen im Teilzeitbeamtenverhältnis vorgesehen. Schon 1998 werden 710 freie Stellen mit 1.000 Teilzeitkräften besetzt. Und bis 2003 werden insgesamt 15.000 Lehrkräfte eingestellt.



Gabriele Hübner, Ratsfrau aus Stöckheim-Leiferde

CDU will Atommüllendlager im Schacht Konrad

Der stillgelegte Erzschacht Konrad grenzt fast unmittelbar an unseren Landtagswahlkreis. Ratherr Ulrich Markurth fragt Klaus-Peter Bachmann

Der Schacht Konrad soll auf Drängen der Bundesregierung zum Atommüll-Endlager gemacht werden. Wie ist Ihre Position dazu, und was werden Sie tun, wenn aus Bonn eine Anweisung zur Einlagerung kommt?

Klaus-Peter Bachmann: Meine Position entspricht allen Beschlußlagen der Braunschweiger SPD. Die Endlagerfrage muß geklärt werden, aber sie kann erst geklärt werden, wenn der Ausstiegsbeschluß verbindlich da ist. Sonst ist es eine Einladung zur Produktion weiteren Atommülls. Der Schacht Konrad ist aus meiner Sicht nicht geeignet, das haben alle Vorverfahren eindeutig ergeben. Eine Einlagerung ist z.Z. auch überhaupt nicht erforderlich. Bis zur

Regelung des Ausstiegs ist genügend Lagerkapazität bei den Kraftwerken vorhanden. Die Bundesregierung hat hier eine rechtlich starke Position. Warum soll die Genehmigung jetzt durchgesetzt werden?

Klaus-Peter Bachmann: Frau Merkel und der Bundesregierung geht es hier ums Prinzip. Nur mit einer Änderung des Bundesatomgesetzes bekommen wir die Weisungsbefugnis der Bundesregierung weg – und nur mit einer gesetzlichen Änderung auf Bundesebene ist der Ausstieg machbar. Hier hoffe ich auf veränderte politische Mehrheiten im Bund. Der Niedersächsische Landtag hat 1997, gegen die Stimmen der CDU, eindeutig Position gegen das beabsichtigte Atommüllendlager Schacht Konrad bezogen.

Mehr können wir zur Zeit nicht tun. Gegen eine atomrechtliche Weisung aus Bonn können wir uns formal als Bundesland nicht wehren. Die Landesregierung ist gezwungen, trotz der Landtagsentschließung das Planfeststellungsverfahren abzuschließen. Die Bundesregierung läßt keinen Zweifel, daß sie die Genehmigung ihres eigenen Antrags unter Zurückstellung rechtlicher und fachlicher Hinderungsgründe um jeden Preis durchsetzen will.

Was können wir Braunschweiger überhaupt noch bewegen?

Klaus-Peter Bachmann:

1. Bei den nächsten Wahlen SPD wählen.
2. Die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluß durch Spenden an die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad unterstützen.
3. Mit einer Prozeßlawine das Verfahren so lange hinauszögern, bis wir in Bonn die Mehrheit haben.

GRAFFITI

Wir müssen uns alle um die Jugend kümmern und die Sprachlosigkeit, die oft zwischen den Generationen herrscht, aufbrechen. Wir sind aufgefordert, unserer Jugend eine Zukunft zu geben. Ratsfrau Rita Schiermann sprach mit Joachim Marienfeld



Joachim Marienfeld ist Leiter des 4. Polizeikommissariats im Heidberg und für den Bereich Braunschweig Süd-Ost verantwortlich.

Sie sind ein Ärgernis, die „tags“ der Sprayer, die uns überall im Stadtbild entgegenprangen. Es sind zweifelhafte Kunstprodukte und für die meisten Bürger nichts als böswillige Schmierereien.

Ratsfrau Rita Schiermann informierte sich über das Phänomen „Sprayer“ und befragte dazu Joachim Marienfeld, Erster Kriminalhauptkommissar und Leiter des 4. Polizeikommissariats im Heidberg. Immer wieder tauchen im Stadtbild Graffiti auf. Wie hat das 4. Polizeikommissariat hierauf reagiert?

Marienfeld: Wir haben zwei Sachbearbeiter schwerpunktmäßig mit den Ermittlungen im Bereich der Graffiti betraut. Diese Sachbearbeiter sind inzwischen Spezialisten, die am „tag“ den Täter oder die Crew erkennen und vorzüglich mit der Justiz, hier insbesondere der Staatsanwaltschaft, zusammenarbeiten. Es gibt bei der Polizei in Braunschweig zudem eine zentrale Auswertung dieser Delikte. *In diesem Bereich ist es sicherlich schwierig, Erfolge zu erzielen. Wie erfolgreich ist die Polizei bei der Ermittlung von Tatverdächtigen?*

Marienfeld: Im 4. Polizeikommissariat haben wir im vergangenen Jahr

etwa 120 Taten mit 80 Tatverdächtigen aufgeklärt und 30 Durchsuchungen durchgeführt. Wir haben hier eine Aufklärungsquote von 42 %, auf die wir mit Fug und Recht stolz sein können.

Die Statistik zeigt, 80 % der Täter sind Minderjährige, und die Taten werden in der Regel in Gemeinschaft begangen. Welche Motive und Ziele haben die Täter?

Marienfeld: Graffiti ist ein Bestandteil der Hip-Hop-Kultur, besser gesagt einer Subkultur, die in den 70er Jahren ihren Ursprung in Amerika hatte. Den Sprayern geht es in erster Linie um „fame“, also Ruhm und Anerkennung. Deshalb sprühen sie bevorzugt an exponierten Stellen wie Zügen und großen Flächen, an denen viele Menschen das „tag“ sehen können; denn auch die Häufigkeit des „tags“ sorgt für den angestrebten Ruhm. Das Sprühen sollte auch riskant sein, denn die Möglichkeit, erwischt zu werden, gibt erst den richtigen Kick und sorgt für noch mehr „fame“.

Vorbeugen ist besser als Bohren. Was kann getan werden, um das Sprühen zu verhindern?

Marienfeld: Ein schnelles Entfernen der Farbschmierereien macht die Fläche für Sprayer uninteressant, da ihr „tag“ dann nicht mehr zu sehen ist. Eine Beschichtung der Oberflächen mit Folien oder dergleichen, Begrünung der Flächen und Bewegungsmelder halten einen Sprayer ab. Wichtig ist auch die Aufklärung in Schulen und Medien über die zivilrechtlichen Ersatzansprüche, die erst nach 30 Jahren verjähren. Sehr hilfreich wäre es auch, den Jugendlichen Alternativen wie Techno- und Brakedanceveranstaltungen, Scaterbahnen und

Häuser der Jugend anzubieten, in denen sie auch zu späten Tageszeiten und an Wochenenden ihren Interessen nachgehen können. Die Stadt Braunschweig hat hier mit ihren vielfältigen Aktivitäten einen Schritt in die richtige Richtung getan.

Strafverfahren ziehen sich häufig über lange Zeit hin. Gibt es bei diesen Sachbeschädigungen schnellere Urteile?

Marienfeld: In der Regel ja. Die Justiz hat die Möglichkeit, vereinfachte Verfahren durchzuführen, um so zu schnellen Sanktionen zu kommen. Nur wenn man auf jugendliches Fehlverhalten schnell reagiert, kann man im erzieherischen Sinne eine Verhaltensänderung bewirken und einen eventuellen Einstieg in die Kriminalität verhindern.

Doch zum Schluß möchte ich herausstellen: Die Polizei in Braunschweig kümmert sich besonders um diese Delikte, das ist in anderen Städten oft nicht so der Fall. Die Polizei kann aber mit noch so guter Aufklärungsarbeit und Vorsorge die Defizite nicht ausgleichen, die durch fehlende oder mangelnde Zuwendung, Aufklärung und Erziehung im Elternhaus und in der Schule entstehen.



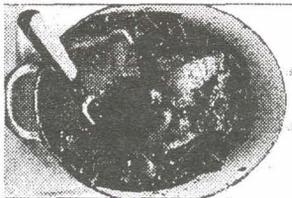
Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – der Jugend eine Zukunft geben“, **Rita Schiermann**, Ratsfrau und Mitglied im Jugendhilfeschuß

Braunkohlwanderung

Zum fünften Mal trafen sich über 70 Mitglieder und Freunde aller sieben im Landtagswahlkreis "Braunschweig-Südost" vertretenen SPD-Ortsvereine (Mascherode, Stöckheim-Leiferde, Rautheim, Südstadt, Lindenberg-Elmaussicht, Bebelhof-Viewegsgarten, Innenstadt) am 10. Januar zu einer Wanderung durch den Wahlkreis. Mit von der Partie war natürlich auch **Klaus-Peter Bachmann**, der diesen Wahlkreis und die Interessen der Stadt Braunschweig seit der letzten Landtagswahl im Niedersächsischen Landtag mit großem Engagement vertritt und sich am 1. März wieder zur Wahl stellt.

Vom Freizeit- und Bildungszentrum im Bürgerpark ging es bei strahlendem Wetter entlang der Oker bis Melverode. Weiter ging es durch den kleinen Park an der Leipziger Straße zur Romintenstraße in Stöckheim, wo

die Ratsfrau und Bezirksbürgermeisterin **Gabriele Hübner** für eine kleine Erfrischung und Stärkung gesorgt hatte. Der aufgehende Vollmond leuchtete silbern, als die Wanderer ihr Ziel Mascherode erreichten, wo sie sich in der Gaststätte "Zum Eichenwald" mit einem deftigen und wohlschmeckenden Braunkohlessen stärkten. Äußerst angenehm empfanden es die meisten, daß sie am späteren Abend bequem mit dem Bus nach Hause fahren konnten, allein die Stöckheimer beschlossen mutig, zu Fuß zurück zu gehen ■



Mascherode live oder Der Druckfehlerteufel karikiert das Leben

Seit der 800-Jahr-Feier im Jahre 1992, die in Mascherode als 800-Jahrfeier über drei Wochen ausgiebigst durchlebt wurde, entbrannte eine sich stetig steigende Diskussion über die Bezeichnung des wahren Einwohners dieser Gemeinde.

Viele vormalige Innenstädter, die keinesfalls Innenstadter sein wollten, hatten sich schon vor den Jubiläumswochen an den Rand der Stadt begeben, um hier vollwärtige Bewohner dieses besonderen Braunschweiger Stadtteiles zu werden.

Nun, die Jubelfeier gab dazu auch ungeheuer viele Anhaltspunkte. Man tauchte als Neubürger ein in die Festivitäten in der Bosseschen "Jahrhundertseune", genoß das den Sommer erträglich machende "Feldschlößchen", den Verzicht auf das häusliche „Hasseröder“ bewußt hinnehmend, und erlebte die gesellschaftliche Vielfalt dieser Vorstadt. Nicht zuletzt

aufgrund der zahlreichen positiven mitmenschlichen Reaktionen glaubten viele, inzwischen zu anerkannten Einwohnern mutiert zu sein. - Doch sicher war sich niemand.

Aufmerksam verfolgten die „Neuen“ in der Folgezeit die Trinkgewohnheiten der "Alten":

Vehement schallte es ihnen ans Ohr: "Ich verzichte auf das „ö“, - ich trinke nicht Wölters, sondern Wolters!" Zunehmende geistige Verwirrung stiftete, daß nicht mal die "Etablierten" wußten, wer sie waren!- Manche bezeichneten sich als Mascheröder, und der ihnen von einigen Biermarken vertraute Umlaut "ö" vermittelte wohl eine gewisse heimelige Bindung. Andere wieder bestanden den Neubürgern gegenüber auf dem klaren "o", vermutlich in Anlehnung an den englischen Ausspruch: „A horse is a horse, of course, of course!"

Man blieb weiter unsicher, und Ende

Tippen Sie das Wahlergebnis und gewinnen Sie eine Reise

Wieviele Erststimmen erhält nach Ihrer Schätzung Klaus-Peter Bachmann am 1. März von den rund 57.000 Wahlberechtigten des Wahlbezirks?

Ab 14 Uhr werden Ihre Prognosen angenommen (Tel. 480 98 20).

Folgende Preise winken denen, deren Schätzung dem tatsächlichen Ergebnis am nächsten kommt:

- 1. Preis:** Eine Reise für 2 Personen zu "Miss Saigon" in Stuttgart mit Übernachtung im First-Class-Hotel.
- 2. Preis:** Eine 3tägige Fahrt für 2 Personen nach Straßburg incl. 2 Übernachtungen.
- 3. Preis:** Eine Wochenendreise für 2 Personen nach Köln mit 1 Übernachtung im Hotel Maritim.

Bei mehreren richtigen Tips entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.



des Jahres 1997 belebte sich die Diskussion aufs Neue: Die Redaktion von "Mascherode Aktuell" wünschte allen Mascheroderen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr. - Was ist nun davon zu halten? Wer sind nun wahre Einwohner Mascherodes?

Sind es die Maschröder, die Mascheroder oder die Mascheroderen?

Vielleicht läßt sich der Begriff noch steigern: Der oder die Mascheroderer bzw. Mascherodersten! Wir werden gespannt sein auf weitere Wortschöpfungen für den harmonisch integrierten Bewohner. - Bis dahin sollten sich alle erst einmal damit begnügen, schlichte Mitbürgerinnen und Mitbürger im Stadtteil Mascherode zu sein!

Satirix

frei nach Asterix und Obelix (Verfasser ist der Redaktion bekannt)

Landtagswahl '98

"Die da oben machen ja doch, was sie wollen" ist eine oft gehörte und ebenso falsche Einschätzung, wenn Minister oder Landtagsabgeordnete charakterisiert werden. Wenn es tatsächlich so wäre, brauchte man nicht mehr zu wählen - aber die Wähler sind nicht unmündig, sie dürfen es nicht sein, sie können und müssen Rechenschaft von ihren Abgeordneten verlangen! Wahlen sind also nötig, Wahlbeteiligung ist nötig - damit allen ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit in gesellschaftlicher Verantwortung gewährleistet werden kann!

Wer nicht wählt, der stärkt die Partei, die er auf keinen Fall wählen würde! (Wenn sich von 100 Wählern nur 3 für eine spezielle Partei entscheiden, dann ist diese Partei im Landtag nicht vertreten. Wenn aber nur jeder zweite zur Wahl geht und die selben 3 Wähler dumpf entschlossen ihre Partei wählen, dann ist sie plötzlich mit 6 % im Landtag! - Und 97 % haben das nicht gewollt! Am 1. März geht es darum, nicht nur Klaus-Peter Bachmann wieder in den Landtag zu wählen, sondern einer sozial verantwortlichen Politik eine solide Basis zu geben, und Gerhard Schröder als Ministerpräsidenten zu bestätigen. Gehen Sie am 1. März zur Wahl oder fordern Sie die Briefwahlunterlagen an. Eine hohe Wahlbeteiligung ist die beste Garantie für unsere Demokratie!

Henning Kramer
Vorsitzender der
SPD Mascherode

Abschluß- Kundgebung

mit Oskar Lafontaine, Gerhard Schröder und Gerhard Glogowski

am 26. Februar um
19.30h in der Stadthalle

Musik im Kuhstall

Zum zweiten Mal luden die Mascheroder Chöre die Bürger des Ortes zu einem Adventlichen Singen in den Kuhstall ein. Der dritte Adventssonntag sollte es sein. Geschmückt mit Tannengrün und einem Tannenbaum, gestiftet von der örtlichen Forstinteressentschaft, bildete der Raum mit dem herrlichen Deckengewölbe bei gedämpftem Kerzenlicht - nur die Vortragenden erhielten's aus der Steckdose - den passenden Rahmen für den Chorgesang. Zur Unterstützung wirkten noch der Frauen- und der Männerchor aus Vallstedt sowie der Schubertchor aus Braunschweig mit. Alle Chöre wurden dirigiert von Heinz Denzin.

Neben mehreren bekannten Weihnachtsliedern wurden auch Lieder von Schubert, Mozart, Brahms, Holzmeister u.a. dargeboten. Das Publikum, es hatten sich mehrere Hundert erwartungsvolle Bürger eingefunden, war dankbar für den in die Weihnachtszeit einstimmenen Nachmittag. Als besondere Einlage bot Claudia Rittaler einen Solo-Gesang, begleitet von der Cellistin Anna Gaschler und Juri Hoffmann am Klavier. Auch der Gesang im Duett von Claudia Rittaler und Heinz Denzin fand großen Applaus der Zuhörer. Kaffee und Kuchen, Punsch und Bier sowie die leckere Bratwurst und manches andere für den Gaumen durften nicht fehlen, um bei dem vorweihnachtlichen Fest zum Verweilen einzuladen. Dankbar gingen die Besucher nach mehreren Stunden wieder nach Hause, mancher von ihnen ließ einen kleinen Schein in den Spendenkorb der Veranstalter flattern ■

25 Jahre in der SPD

Traditionell beginnt der SPD-Ortsverein Mascherode das neue Jahr in den ersten Januarwochen mit einer Mitgliederversammlung der anderen Art. Schon an der Tagesordnung wird der Charakter und die Bedeutung dieser Versammlung klar:

- Zur Begrüßung je nach Wetter- und Gemütslage Glühwein, Grog oder auch gebräutes Wasser;
- Festlegung des weiteren Verlaufs - insbesondere Auswahl der Speisen;
- Abarbeitung der gereichten Tischvorlagen (Speisen) und Aussprache über Qualität und Umfang;
- Ehrung der Jubilare;
- Verschiedene Feststellungen und Bemerkungen.

Abseits von allen ansonsten notwendigen Regularien einer großen Organisation dient das sogenannte Jahresanfangssessen vor allem dazu, denen zu danken, die sich im zurückliegenden Jahr mit Fleiß und Tatkraft für die Belange der Partei und in Sonderheit des Ortsvereins Mascherode eingesetzt haben. Besonderer Dank gebührt denen, die viermal im Jahr unsere Zeitung "Mascherode Aktuell" an alle Haushalte verteilen, sowie den Redakteuren, die in den vergangenen 16 Jahren dafür gesorgt haben, daß diese Zeitung erscheinen konnte.

Ein besonderer Höhepunkt dieser Versammlung ist die Ehrung für langjährige Mitgliedschaft in der SPD. In diesem Jahr konnte der Vorsitzende **Henning Kramer** drei Mitgliedern die Urkunde für 25jährige Mitgliedschaft zusammen mit einem Strauß roter Nelken überreichen: **Ursula Simon, Hans-Peter Hohmann und Jürgen Diersing**.

In dieser Versammlung nahm unser Ehrengast **Klaus-Peter Bachmann** die Gelegenheit gerne wahr, einiges aus dem Landtag zu berichten. Er machte insbesondere die Bedeutung der Landtagswahl am 1. März sowohl für Niedersachsen als auch in Hinblick auf die Bundestags- und Kanzlerwahl im September deutlich ■

Impressum

Herausgeber: SPD Mascherode
Verantwortlich: Henning Kramer
Mitarbeit: Axel Bähge
Dieter Pilzecker
Horst Schultze

Redaktionsanschrift:
Am Kohlikamp 34
38126 Braunschweig
Lebenshilfe
1.700

Druck:
Auflage